JAHRESBERICHT 2018 - 2019

PROMETHEUS
DAS FREIHEITSINSTITUT

Unsere Mission

**Prometheus – Das Freiheitsinstitut hat das Ziel,
den Wert der Selbstverantwortung zu stärken.
Wir setzen uns ein für Marktwirtschaft,
die Herrschaft des Rechts und
eine lebendige Zivilgesellschaft.
Denn es gehört zur Würde des Menschen,
seine Freiheit verwirklichen zu können.**

**Wir machen die Idee der Selbstverantwortung zugänglich,
indem wir sie konkretisieren,
weiterentwickeln und kommunizieren.
Menschen vertrauen uns,
weil wir unabhängig sind, konsequent denken
und effizient und unkonventionell arbeiten.**

Aus dem Kuratorium

Von Prof. Dr. Christian P. Hoffmann

Der legitime Platz des Liberalen ist zwischen allen Stühlen.“ In Zeiten politischer Polarisierung erscheint dieser Ausspruch Marion Gräfin Dönhoffs aktueller denn je. Auch in Deutschland rüsten die politischen Ränder auf – und setzen dabei bevorzugt auf einfache Parolen. Im Kern steht dabei immer wieder der Ruf nach dem starken Staat. Selbst der politischen Mitte fällt es schwer, sich der Verlockung des etatistischen Populismus zu entziehen.

In dieser Großwetterlage bietet der gewohnte Platz zwischen allen Stühlen den Liberalen Chancen und Herausforderungen zugleich. Chancen bestehen in der offensichtlichen „Marktlücke“ für gangbare, vernünftige und verantwortungsvolle Lösungen. Lösungen, die die Menschheit sicherer, wohlhabender, gesünder, intelligenter und friedlicher machen. Lösungen, die sich wieder und wieder bewährt haben. Der Liberalismus bietet diese Lösungen.

Herausforderungen bestehen umgekehrt in der erfolgreichen Vermittlung liberaler Lösung. Denn liberale Lösungen sind selten simpel, häufig wenig intuitiv, eher rational als emotional überzeugend. Dieses dem Liberalismus eigene Vermittlungsproblem akzentuiert sich in Zeiten politischer Polarisierung. Mehr denn je muss darum gerungen werden, gehört, verstanden und respektiert zu werden.

Für Prometheus – das Freiheitsinstitut kann dies durchaus eine gute Nachricht sein, denn selten war seine Arbeit notwendiger. Das Institut hat in den vergangenen Jahren eine beachtliche Expertise in der Entwicklung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen für liberale Aufklärung entwickelt. Die Initiativen des Instituts packen die drängenden Themen unserer Zeit auf eine zugängliche Weise an – und setzen damit unverkennbare Zeichen für liberale Lösungen.

Neben erfolgreichen Kampagnen gegen politischen Paternalismus und für den Freihandel lancierte das Team um Frank Schäffler, Clemens Schneider und Florian Hartjen im vergangenen Jahr mit dem „NGO Observer“ ein innovatives Projekt, das Transparenz zur Rolle und Verantwortung von Nichtregierungsorganisationen schaffen soll. Erste Reaktionen zeigen, dass damit einmal mehr der Nerv der Zeit getroffen wurde.

Prometheus erbringt den Nachweis, dass der Platz zwischen allen Stühlen gelegentlich unbequem sein mag, aber auch ein Ausgangspunkt für wertvolle Impulse, die gegen den Strich des Zeitgeists bürsten. Dem Freiheitsinstitut gebührt dafür unser Dank und natürlich unsere weitere Unterstützung.

Der Wert der Freiheit

Jede Wissenschaft strebt nach Perfektion. Jeder Mensch hat den Wunsch, sein Leben zu verbessern. Diese zwei Prinzipien haben die Entwicklung der Zivilisation rapide vorangetrieben – allen Widrigkeiten aus äußerer Not und schlechten Institutionen zum Trotz. Unglücke und schlechte Regierungen können ein Land zugrunde richten. Doch der beständige Fortschritt unseres Wissens und das unermüdliche Bestreben jedes Menschen, sich zu verbessern, werden immer die Oberhand behalten und die Blüte des Landes befördern.

Thomas Babington Macaulay
1800-1859, britischer Historiker

Vorwort

Frank Schäffler,
Geschäftsführer

Seit nunmehr über vier Jahren engagiert sich Prometheus für die individuelle Freiheit. Wir sind stolz und dankbar, dass wir das geschafft haben. Denn anders als viele „Wettbewerber“ am Meinungsmarkt finanzieren wir uns nicht über staatliche Zuschüsse oder fungieren als Abmahnverein. Wir finanzieren uns ausschließlich durch private Spenden und Zuwendungen. Das ist oft mühsam, sichert aber unsere Unabhängigkeit.

Ohne das Engagement vieler großer und kleiner Unterstützer würde es uns nicht geben. Ohne sie gäbe es eine Stimme für die Marktwirtschaft weniger. Ohne sie gäbe es eine Stimme für den Freihandel weniger. Ohne sie gäbe es eine Stimme weniger gegen Paternalismus in all seinen Facetten. Und ohne diese Unterstützer gäbe es eine Stimme weniger, die immer wieder kommuniziert: Wir vertrauen auf den Menschen und auf seine Fähigkeit, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen!

Für unser fünftes Lebensjahr haben wir uns viel vorgenommen. In Kürze wird unser Freiheitslexikon erscheinen, das sie auch auf der Rückseite dieses Berichts beworben sehen. Renommierte Wissenschaftler wie die Professoren Thomas Mayer, Jan Schnellenbach, Martin Leschke und Hardy Bouillon haben daran ebenso mitgewirkt wie der liberale akademische Nachwuchs des deutschsprachigen Raums. Das Lexikon, das wir gemeinsam mit unseren Partnern, den Students for Liberty Deutschland, erstellt haben, bietet Übersichts-Artikel zu wichtigen Denkern und Ideen der Freiheit. Es ist eine Einladung, zu schmökern, sich zu orientieren und von dort aus weiterzulesen und zu forschen. Als weitere Schwerpunkte unserer Arbeit in diesem Jahr werden wir uns besonders mit den Themen Fortschritt, Wettbewerb und Bildung beschäftigen.

Wir haben uns im vergangenen Jahr auch viel mit NGOs und deren Rolle in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt. Mit unserem Projekt NGO Observer wollen wir vor allem die Zivilgesellschaft stärken. Unsere Kritik will konstruktiv sein. Denn wir sind zutiefst überzeugt, dass die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ein wichtiger Bestandteil öffentlicher Debatten ist. Genau darum bringen ja auch wir uns ein. Es muss Stimmen wie die unsere geben, die unabhängig von der Tagespolitik und jenseits konkreter politischer Maßnahmen darüber nachdenken und debattieren, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln soll.

„Die Entwicklung von Ideen beobachten und mitgestalten.“

Grundlegende Werte unseres Gemeinwesens brauchen Menschen, die darauf achten, dass sie uns erhalten bleiben. Menschen, die sich stark machen für Marktwirtschaft und Rechtsstaat, Demokratie, eine offene Gesellschaft und individuelle Freiheit. Dafür stehen wir, unser Prometheus-Team, unsere Freunde und unsere Unterstützer. Was wir bei Prometheus tun, hat der bedeutende englische Liberale Lord Acton vor rund 125 Jahren auf den Punkt gebracht: „Es ist unsere Aufgabe, die Entwicklung von Ideen zu beobachten und mitzugestalten, denn diese sind nicht etwa das Ergebnis, sondern die Ursache dessen, was in der Politik geschieht.“

Kuratorium

Prof. Dr. Thomas Mayer
Vorsitzender des Kuratoriums Prof. Dr. Thomas Mayer ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute mit Sitz in Köln. Zuvor war er Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe und Leiter von Deutsche Bank Research. Bevor er in die Privatwirtschaft wechselte, bekleidete er verschiedene Funktionen beim Internationalen Währungsfonds in Washington und beim Institut für Weltwirtschaft in Kiel. 2018 erschien sein Buch „Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde“.

Prof. Dr. Stefan Kooths
Prof. Dr. Stefan Kooths, geboren 1969, leitet das Prognosezentrum im Institut für Weltwirtschaft (IfW) an der Universität Kiel und lehrt Entrepreneurial Economics an der University of Applied Sciences Europe (UE) am Campus Berlin.. Mit dem von ihm vertretenen koordinationsorientierten Paradigma zum Verständnis des Wirtschaftsgeschehens, das nicht zuletzt vom Wissenschaftsprogramm der Austrian Economics inspiriert ist, verbindet er Konjunkturforschung und Ordnungsökonomik.

Prof. Dr. Justus Haucap
Prof. Dr. Justus Haucap, geboren 1969, ist Gründungsdirektor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Von 2006 bis 2014 war er zudem Mitglied der Monopolkommission der deutschen Bundesregierung, davon vier Jahre als Vorsitzender (2008-2012). Professor Haucap ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundesnetzagentur und Präsident von Econwatch – Gesellschaft für Politikanalyse.

Prof. Dr. Christian P. Hoffmann
Prof. Dr. Christian Hoffmann lehrt Kommunikationsmanagement am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und verantwortet am Institut für Politikwissenschaft die Lehre im Bereich der politischen Kommunikation. Er ist akademischer Leiter des Center for Research in Financial Communication.

Team

Frank Schäffler
Geschäftsführer
Frank Schäffler, geboren 1968, ist einer der prominentesten Vertreter der freiheitlichen Bewegung in Deutschland. Häufig ist er zu Gast in Diskussionsrunden in Fernsehen und Radio. Außerdem erscheinen von ihm regelmäßig Gastbeiträge in verschiedenen deutschen Tageszeitungen.

Clemens Schneider
Managing Director
Clemens Schneider, geboren 1980, ist als Netzwerker der freiheitlichen Bildung eine viel gefragte Anlaufstelle für die junge Generation. Er ist Mitbegründer des Bildungsprojekts „Agora Sommerakademie“. Er ist auch als Blogger und Vortragsredner aktiv, insbesondere auf der Seite „Offene Grenzen“, die er mitbegründet hat.

Florian A. Hartjen
Head of Strategy & Development
Florian A. Hartjen, geboren 1990, hat Staatswissenschaften in Erfurt und Political Economy in London studiert und einen LL.M. an der University of Aberdeen gemacht. In seiner Dissertation am King‘s College in London beschäftigt er sich mit der Erforschung informeller und krimineller Märkte und insbesondere des Menschenschmuggels und der irregulären Migration.

Impressum

Prometheus – Das Freiheitsinstitut gGmbH

Adresse	Mulackstraße 29 10119 Berlin
Email	info@prometheusinstitut.de
Website	prometheusinstitut.de
Telefon	+49 (0)30 239 110 73
Fax	+49 (0)30 239 203 49

Bankverbindung

Bank	Berliner Volksbank
IBAN	DE94 1009 0000 2544 2870 04
BIC	BEVODEBB

Kontakt

Frank Schäffler
frankschaeffler@prometheusinstitut.de
Clemens Schneider
clemensschneider@prometheusinstitut.de
Florian A. Hartjen
florianhartjen@prometheusinstitut.de

Design

Daniel Fallenstein daniel@fallenste.in
https://daniel.fallenste.in

Der Liberalismus hat kein Begründungsdefizit

Philipp Neudert,
Praktikant August – Oktober 2018,
studiert Philosophy and Economics im Bachelor an der Universität Bayreuth.

Während meines Sommers in Berlin wurde ich immer wieder nach dem Grund meines Aufenthalts gefragt. Wenn ich dann antwortete, ich arbeite bei dem Think-Tank Prometheus, verlief das weitere Gespräch je nach Gegenüber und Situation unterschiedlich. Während ich den einen noch erklären musste, was ein Think-Tank überhaupt ist, nickten andere schon wissend und fragten nach der politischen Ausrichtung. Liberale wussten meist Bescheid, wenn ich den Namen Prometheus nannte. Ab und zu fielen die Reaktionen jedoch ablehnend aus: Du, bei den Neoliberalen, ernsthaft?

Ich habe das immer wieder zum Anlass genommen, darüber nachzudenken, was Leute in einer Stadt wie Berlin gegen den Einsatz für Freiheit einzuwenden haben könnten. Ich vermute, es liegt vorwiegend daran, dass insbesondere der Neoliberalismus in vielen Köpfen hauptsächlich negativ assoziiert ist: Ungerechtigkeit, Vorteile nur für Reiche, Umweltzerstörung, Freiheit in einem wirtschaftlich verkürzten Sinn in Verbindung mit einem wenig freiheitlichen Gesellschaftsbild. Positive Assoziationen wie Selbstbestimmung oder -verantwortung findet man seltener.

Ein Problem liegt im Liberalismus selbst, dessen eigentliche Ziele und Inhalte meist abstrakt bleiben, schwer zu fassen und daher auch schwer zu vermitteln sind. Eine liberale Zukunftsvision wird kaum einmal ausbuchstabiert, weil es Liberalen ein Anliegen ist, die Zukunft offen zu halten. Vielen Liberalen wäre es sogar grundsätzlich zuwider, über „Visionen“ oder „Pläne“ für die Zukunft zu sprechen, weil sie darin einen Ausdruck von Utopismus und gesellschaftlichen Konstruktivismus sehen. Stattdessen berufen sie sich auf abstrakte Prinzipien, etwa Eigentumsrechte oder Rechtsstaatlichkeit, und vertrauen auf das freie Spiel der Kräfte.

Mit solchen Abstraktionen ist aber gerade bei jüngeren Leuten häufig wenig zu gewinnen. Den liberalen Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen fehlt es an der Konkretheit, die etwa die Enteignung vermeintlich böswilliger Investoren oder die Einführung von Lohngleichheit per Gesetz auszeichnen. Der Liberalismus hat insgesamt ein Kommunikations-, kein Begründungsdefizit. Um dieses zu beseitigen, gilt es, in immer neuen Kontexten immer wieder Zusammenhänge zu betonen, die viele Liberale für selbstverständlich halten: dass etwa „mehr Wohlstand“ bedeutet, dass höhere Bildung zu- und Armut abnimmt; „mehr Rechtsstaat“, dass die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung aufgrund von Willkür abnimmt; und „negative Freiheit“, dass der Zugriff anderer auf das individuelle Leben beschränkt wird.

Wenn man länger mit ihnen redet, finden sich nur wenige Menschen, die diese Ziele für falsch halten. Die Bedenken, die übrigbleiben, beziehen sich hauptsächlich auf die Auswirkungen des Wirtschaftens auf die Umwelt. Dass der Liberalismus durchaus Werkzeuge kennt, solche Probleme zu lösen, etwa die Zuweisung von Eigentumsrechten oder Zertifikate zur Nutzung bestimmter Ressourcen, kommt dann oft überraschend. Diese liberalen Antworten gilt es überzeugend an die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Dafür braucht es Einrichtungen wie Prometheus. Dazu beitragen zu dürfen, war herausfordernd und erfüllend.

Praktikanten

Lukas Westermann
studiert Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim.

Philipp Jooss
studiert Politics, Administration & International Relations an der ZU Friedrichshafen.

Philipp Despot
studierte Wirtschaftswissenschaften im
Bachelor an der Universität Frankfurt a. M.

Maximilian Reinhardt
studierte Volkswirtschaftslehre
an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Nur Baysal
studiert Philosophie im Master
in St Andrews.

Juan De Dios Estevez
studiert Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt.

Max Molden
studierte Political Economy
am King's College London.

Tayyab Mohammad
ist Abiturient.

Die EU muss atmen

Von Frank Schäffler

Aktuell wird viel über disruptive Technologien und ihre Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen. Disruptiv sind allerdings nicht technologische Neuerungen. Selbst das Internet setzte sich nicht über Nacht durch, sondern über Jahre. Wirklich disruptiv sind politische Entscheidungen. Sie können von heute auf morgen Chaos produzieren. In diese Kategorie gehört die Brexit-Entscheidung in Großbritannien. Vertrauensabstimmungen werden angesetzt, die Abstimmung über das Brexit-Abkommen kurzfristig verschoben und vielleicht kommt es sogar zu Neuwahlen. Selbst eine erneute Abstimmung der Briten kann nicht mehr ausgeschlossen werden. In diesem Umfeld sind Investitionen von Unternehmen unkalkulierbar und die Gefahr für ökonomische Verwerfungen groß. Der Brexit ist das größte ökonomische Risiko im kommenden Jahr.

Wenn ein politisches Projekt wie die Europäische Union nur durch Druck und Zwang zusammengehalten werden kann, dann machen die verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten einen schweren Fehler.

Es ist daher schon erstaunlich, dass die EU, die Bundesregierung und selbst viele Wirtschaftsverbände für eine harte Position gegenüber Großbritannien eintreten. Denn die Risiken sind nicht nur auf das Vereinigte Königreich beschränkt, sondern sind auf beiden Seiten des Kanals enorm. Für 320 Milliarden Euro exportieren europäische Unternehmen Waren und Dienstleistungen auf die Insel und umgekehrt britische Unternehmen für 196 Milliarden Euro auf den Kontinent.

In dieser Diskussion geht völlig verloren, welche Lehren die Europäische Union aus der Brexit-Entscheidung zieht. Bislang war die Strategie der Kommission und der großen EU-Staaten, an Großbritannien ein Exempel zu statuieren, damit nicht weitere Staaten die Union verlassen. Daher durften die Zugeständnisse in Richtung britischer Regierung auch nicht zu groß sein. Jetzt fällt diese Strategie in sich zusammen. Wahrscheinlich wird das Abkommen keine Mehrheit im Unterhaus finden, und es droht der harte Brexit. Doch ein harter Brexit ist ein zu hoher Preis für diese Strategie. Es ist sogar eine ziemlich armselige Strategie. Wenn ein politisches Projekt wie die Europäische Union nur durch Druck und Zwang zusammengehalten werden kann, dann machen die verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten einen schweren Fehler.

Wo ist eigentlich die Diskussion um eine Reformagenda der Europäischen Union an Haupt und Gliedern? Auch das Weißbuch, das Jean Claude Juncker im März 2017 vorgestellt hat, blieb nur geduldiges Papier. Seitdem ist wenig passiert. Insbesondere konkrete legislative Vorschläge fehlen. Das liegt in erster Linie daran, dass die Staats- und Regierungschefs und die Kommission Angst vor der eigenen Bevölkerung haben. Sie trauen sich keinen großen Wurf zu, weil sie befürchten, dass die Bevölkerung ihn wie 2004 bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag stoppt. Dieses Trauma wirkt immer noch nach.

Die Veränderungsfähigkeit ist aber eine notwendige Bedingung für die Zukunft der Europäischen Union. Zu Beginn dieser Debatte muss eine Stärke-/Schwäche-Analyse stehen. Zu den Stärken gehört

zweifellos der gemeinsame Markt. Er ist mit 500 Millionen Menschen einer der größten der Welt. Die Osterweiterung der EU hat nicht nur in den ehemaligen Ostblockstaaten zu Wohlstand geführt, sondern auch bei uns. Viele Unternehmen konnten ihre Produktion verlagern und so Kostenvorteile nutzen, um damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Sicherlich hätte auch das eine oder andere Land den Aufstieg alleine geschafft, aber nicht in dieser Breite. Doch schon hier zerstören einige Mitgliedsstaaten und die Kommission diese Vorteile. Aktuelles Beispiel ist die Verschärfung der Entsenderichtlinie, die ausländische Anbieter verpflichtet, den ortsüblichen Tariflohn des Landes zu bezahlen, wo die Dienstleistung erbracht wird. Damit wird der Dienstleistungsmarkt kaputt gemacht, weil der administrative Aufwand so groß ist, dass der grenzüberschreitende Dienstleistungsmarkt dadurch zum Erliegen kommt.

Zu den Schwächen der Europäischen Union gehört, dass sie statisch auf eine immer engere Union setzt. Der ehemalige britische Premier David Cameron hatte beim Europäischen Rat im Frühjahr 2016 durchgesetzt, dass Mitgliedsstaaten vom Grundsatz der „ever closer union“ abweichen dürfen. Cameron hat die Brexit-Abstimmung anschließend dennoch verloren.

Eigentlich müsste jetzt die Abkehr von der immer engeren Union eingeleitet werden. Nicht jedes Mitgliedsland muss jede Entwicklung mitmachen. Und nicht jede Entscheidung für eine engere Zusammenarbeit ist auf Dauer in Stein gemeißelt. Ein Irrtum oder eine veränderte Sichtweise muss auch wieder korrigierbar sein. Kurz: die Europäische Union muss atmen. Nicht nur aus der EU muss man geordnet aussteigen können, sondern auch aus dem Euro. Immer dann, wenn es um die Abgabe von staatlicher Souveränität auf die europäische Ebene geht, muss es ein Rückholrecht der Mitgliedsstaaten geben. Alleine die vier Grundfreiheiten aus Waren- und Dienstleistungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit und Personenfreizügigkeit sollten alle verbinden. Dies würde auch die Zentralisierungstendenz in der EU mildern. Die Übereinkunft zur Abkehr von der immer engeren Union, die Cameron 2016 ausgehandelt hatte, wurde seitdem in den Giftschrank gesperrt.

Es darf einen nicht wundern, wenn die Fliehkräfte innerhalb der Europäischen Union daher immer größer werden. Wenn selbst solche Änderungen gleich zur Grundsatzfrage erklärt werden, dann ist die Europäische Union nicht groß, sondern ganz klein.

Erschienen in der WirtschaftsWoche am 14. Dezember 2018.

Andere über uns

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Wettbewerb und Offenheit. Daran erinnert und dafür kämpft das Prometheus Institut mit der ihm eigenen Haltung und Konsequenz. Damit bereichert das Institut den Wettbewerb der politischen Ideen und leistet einen wertvollen Beitrag dazu, die offene Gesellschaft zu verteidigen und zu stärken.

Linda Teuteberg
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gute Nachricht: Der BDI plädiert für eine Rückbesinnung auf Erhards „Soziale Marktwirtschaft“. Deren Prinzipien sind: „Freiheit, Privatinitiative, Wettbewerb und soziale Sicherheit zuerst aus Eigenvorsorge“. Erhard warnte ausdrücklich vor dem Weg in den Versorgungsstaat, an dessen Ende der „soziale Untertan“ stehe. Da sind wir schon nahe dran.

Ich unterstütze das Freiheitsinstitut, das sich dafür einsetzt, die staatshörigen „Untertanen“ umzustimmen und die eher apolitische „Generation Merkel“ vor dem Irrweg der sozialen Bevormundung zu bewahren.

Gottfried Heller
Gründer der FIDUKA Vermögensverwaltung,
Autor von „Die Revolution der Geldanlage“

Prometheus in Zahlen

Zwischen März 2018 und Februar 2019 veröffentlichte Prometheus 163 Blogbeiträge, davon 74 Gastbeiträge. Diese wurden 202.000 mal gelesen. Frank Schäffler hielt 8 Vorträge, Clemens Schneider 35. Prometheus gewann 16 seiner 79 Fackelträger in diesem Zeitraum.

Die Free Trade World Map

Von Florian A. Hartjen

Jahrzehntelang schien das Freihandelsprinzip fester Bestandteil internationaler Politik zu sein. Zölle wurden abgebaut, Abkommen geschlossen und die Menschheit rückte näher zusammen. Der rasante Abbau von Handelsbeschränkungen ermöglichte es Ländern überall auf der Welt, ihre Stärken auszuspielen. Die Globalisierung machte die Welt zu einem einzigen gigantischen Marktplatz, an dem (fast) jeder teilhaben kann. In der Folge war es auch wirtschaftlich hinterherhinkenden Volkswirtschaften möglich, vom globalen Fortschritt zu profitieren. Die Zahl der Armen sinkt weiterhin dramatisch, und nicht zuletzt die Europäische Union zeigt, wie gegenseitig vorteilhafter Austausch eine über Jahrtausende im Clinch liegende Region befrieden kann.

All das wird durch eine stetig wachsende Welle des Protektionismus und Nationalismus in Frage gestellt. Donald Trumps „America First“, der Brexit oder die deutschen Proteste gegen TTIP und CETA sind Symptome einer durch fast alle Schichten und Altersgruppen gehenden Verunsicherung. Die Politik, gerade in der westlichen Welt, hat das Instrument der Panik wieder für sich entdeckt. Panik vor dem Klimawandel, Panik vor Immigration, Panik vor großen Konzernen. Nationale Abschottung scheint vielen Menschen die einzige Rettung zu sein.

Dem treten wir entgegen. Unsere Freihandels-Initiative, die im letzten Jahr mit der Veröffentlichung des Buches „Freihandel – Für eine gerechtere Welt“ ihren ersten Höhepunkt erreichte, hat sich in diesem Jahr zu unserem ersten großen internationalen Projekt entwickelt. Auf www.freetrade.world machen wir alternative Narrative zum Freihandel zugänglich. Partner-Institute überall auf der Welt erklären in kurzen Videos wie Freihandel ihr Land verändert hat – zum Besseren. Es ist unser Ziel die „Free Trade World Map“ nach und nach mit Beiträgen aus allen Kontinenten der Welt zu füllen – bereits heute haben wir Statements aus über 20 Ländern veröffentlicht.

Am Ende verdeutlicht die Free Trade World Map auf einzigartige Weise, wie alle Menschen auf der Welt vom Freihandel profitieren. Denn wie der große Handelsökonom Herbert Giersch es formulierte: „Das Freihandelsprinzip ist eine abstrakte Regel, die unterschiedslos gilt: Sie lässt die Anbieter aus aller Welt um die Konsumenten konkurrieren. Damit gibt sie den Menschen an der aufholbereiten Peripherie ebenso viele Chancen wie den Arrivierten.“

NGO Observer

Von Clemens Schneider

Eine friedfertige und tolerante Gesellschaft zu ermöglichen, ist vielleicht das wichtigste Ziel aller freiheitlich gesinnten Denker und Aktivisten. Das erklärt ihren Einsatz gegen Krieg, für den Markt als den Ort eines Austausches zum gegenseitigen Nutzen und ihre Präferenz für zivilgesellschaftliche vor staatlichen Lösungen. Nicht Angst und Zwietracht sollten unser Miteinander bestimmen, sondern Zuversicht und Wohlwollen.

Darum beobachten wir mit großer Sorge die sich seit einiger Zeit verschärfende Spaltung und Radikalisierung in unserer Gesellschaft. Natürlich gibt es dafür vielerlei Ursachen. Eine davon glauben wir in einem Bereich ausmachen zu können, der für uns besondere Bedeutung hat: bei zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das bedauern wir zutiefst, weil gerade diese Akteure so wichtig sind für den Aufbau und Erhalt freiheitlicher Ordnungen.

Das Ziel unseres Projekts NGO Observer ist es, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, indem kritikwürdiges Verhalten einzelner Nichtregierungs-Organisationen in den Blick genommen wird. Nicht jeder, der sich das Etikett umhängt, passt auch wirklich in den Kreis der Frauen und Männer, die daran mitarbeiten, die Welt zu einem besseren Ort zu machen.

www.ngo.observer

Deswegen haben wir auf der Website www.ngo.observer begonnen, Informationen über diejenigen NGOs zusammenzutragen, die aus unserer Sicht kritisch betrachtet werden müssen. Drei Kriterien gilt dabei unser besonderes Augenmerk:

– Nichtstaatliche Organisationen sehen ihr Ziel darin, Brücken innerhalb einer Gesellschaft zu bauen und nicht einzelne gesellschaftliche Gruppen gegeneinander in Stellung zu bringen.
– Nichtstaatliche Organisationen setzen auf freiwillige Kooperation und Überzeugungsarbeit anstatt auf den Zwang, den staatliche Stellen ausüben.
– Nichtstaatliche Organisationen belasten nicht das Portemonnaie der Steuerzahler, sondern sorgen selber für ihre Finanzierung.

In unserem Wiki finden sich Nichtregierungs-Organisationen, die einem oder mehreren dieser Kriterien nicht entsprechen.

Der goldene Engel der Scheinheiligkeit

Von Frank Schäffler und Clemens Schneider

Nach der Deutschen Umwelthilfe im Jahr 2018 wurde der „Goldene Engel der Scheinheiligkeit“ dieses Jahr der Organisation Oxfam verliehen.

Aus der Begründung:

Als Kandidaten qualifizieren sich Organisationen, bei denen Anspruch, Auftreten und Ansehen in einem Missverhältnis zur dahinterliegenden Wirklichkeit stehen.

Sie erhalten den Preis für Ihre Kommunikation. Immer wieder stehen Sie an vorderster medialer Stelle, wenn auf die wachsende Ungleichheit in der Welt hingewiesen wird. Mit dramatischen Worten klagen Vertreter von Oxfam an. Dabei richtet sich der Fokus besonders auf die arithmetischen Verhältnisse zwischen Arm und Reich. Kritikwürdig sind in dem Zusammenhang aus unserer Sicht vor allem drei Aspekte:

1. Sie setzen auf Neid anstatt auf Motivation. Anstatt den Blick darauf zu richten, wie arme Menschen nachhaltig aus ihrer Situation herauskommen können, konzentrieren Sie sich in Ihrer Kommunikation auf Vorschläge, wie man „den Reichen“ etwas wegnehmen könnte. Damit stehen Sie in direktem Gegensatz zu der Arbeit, die Ihre Mitarbeiter vor Ort leisten. Keiner südafrikanischen Sexarbeiterin und keinem sri-lankischen Bauern ist geholfen, wenn die reichsten 500 Menschen der Welt einfach pauschal höher besteuert würden. Am ehesten werden die Politiker der entwickelten Länder die Mehreinnahmen verwenden, um Wahlgeschenke an die eigene Bevölkerung zu verteilen.

Ihr Lösungsvorschlag, reichen Menschen etwas wegzunehmen, würde zwar rein rechnerisch die Ungleichheit verringern. Dass sich dadurch die Situation der Armen, Entrechteten und Unterdrückten auch nur marginal verändern würde, darf man jedoch bezweifeln. Insofern handelt es sich bei solchen Forderungen um reinen Populismus. Wünschenswert wäre hingegen ein konstruktives Arbeiten an Verbesserungen – genau so, wie es die von Ihnen unterstützten Sozialarbeiter in Benin und Tansania tun.

2. Ihre populistische Rhetorik gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch Ihre zugespitzten und zum Teil unsinnigen Vergleiche und plakativen Formulierungen tragen sie dazu bei, dass innergesellschaftliche Debatten an Schärfe gewinnen und unterschiedliche Gruppen gegeneinander in Stellung gebracht werden. Diese Klassenkampfrhetorik löst bestehende Probleme nicht, produziert aber neue. Würden Sie das als persönlichen Appell an die entsprechenden Personen richten, könnte daraus etwas werden.

Wenn Sie die Aussage aber einfach so in den Raum stellen, verändert sich deren Charakter. Sie wirkt nicht mehr wie eine moralische Forderung an ein Individuum, sondern wie ein politischer Anspruch, der mit emotionalen Bildern untermauert wird. Und das erzeugt nicht etwa positive Energien, sondern vor allem Wut gegenüber denjenigen, die mehr haben. Sie bringen Menschengruppen gegeneinander in Stellung, anstatt sie an einen Tisch zu bringen. Keiner Näherin ist geholfen, wenn sich Menschen an Stammtischen darüber aufregen, dass manche Menschen mehr Geld verdienen als andere. Am Ende gehen gerade enttäuschte Menschen den politischen Akteuren auf den Leim, die mit einfachen Parolen an dieses Wutgefühl appellieren.

3. Ihre Kommunikation ist unglaubwürdig. Wenn man Ihre eigenen Maßstäbe auf Ihre Organisation in Deutschland anwendet, wird klar, dass Sie selber auch nicht an diese Maximen glauben.

Ihre Mitarbeiter sind Ihnen etwas wert. Sie zahlen eine bestimmte Summe, weil sie für einen niedrigeren Preis mitunter nur schlechter qualifizierte Personen für den Job bekommen würden. Aus unserer Sicht ist das völlig in Ordnung: wenn ein Gehalt unter fairen Marktbedingungen erzielt wird, kann es so hoch sein, wie man will – Neid oder Missgunst haben da nichts verloren. Alles wäre in bester Ordnung, wenn Sie nicht immer diese statistischen Vergleiche machen würden, die keine vernünftige Schlussfolgerung zulassen, aber immer sehr dramatisch klingen und letztlich an menschliche Missgunst appellieren. Deklinieren wir doch einmal die Gehälter von Oxfam Deutschland nach Ihrer Logik durch:

Die Geschäftsführerin verdient an einem Tag das, was jemand in Burundi in einem Jahr verdient. Oder: Um so viel zu verdienen wie ein Bereichsleiter im Monat bekommt, müssen Menschen, die in Bangladesch zum Mindestlohn arbeiten, fünf bis sechs Jahre lang schuften. Oder: Was eine Fachliche Koordinatorin in einer Woche verdient, entspricht dem Gesamtvermögen von vier Äthiopierinnen oder 22 Malawiern. Oder: Die vier leitenden Angestellten verdienen im Jahr so viel wie 173 Haitianer. Oder: Das jährliche Personalbudget für 92 Hauptamtliche, 13 Studenten und einen geringfügig Beschäftigten (4.462.278,60 €) ist so viel wie 11.668 ugandische Kaffeebauern-Familien in einem Jahr an Einkommen generieren. Sie merken vielleicht: mit Zahlen kann man alles machen …

Durch die Zahlenspiele, die Sie durchführen, vermitteln Sie den Eindruck, mit knallharten Fakten zu arbeiten – gerade in Zeiten wie diesen, die vor fake news nur so triefen, ein wirkmächtiges Argument. Was will man denn dagegen einwenden: Sie präsentieren blanke Zahlen, und Zahlen lügen nicht! Tatsächlich aber erreichen Sie mit solchen Zahlenspielen nicht etwa Mitgefühl und Spendenbereitschaft, von Aufklärung ganz zu schweigen, sondern wecken nur weitere Neid-Gefühle.

Ihre Anliegen sind großartig. Eine Welt ohne Armut, Hunger und Leid; eine Welt voller strahlender Kinderaugen, selbstbewusster Frauen und zufriedener Greise – diese Welt wollen auch wir! Wir können uns sicherlich vortrefflich streiten, wenn es darum geht, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Diesen Preis erhalten Sie aber nicht, weil wir Differenzen haben im Blick auf die Methoden. Sie erhalten ihn für Ihre Kommunikation, weil wir den Eindruck haben, dass für Sie bisweilen der Zweck die Mittel heiligt. Die Folgeschäden dieser Einstellung sind aus unserer Sicht fatal: eine bereits zerrissene Gesellschaft wird noch weiter hineingezogen in das „Wir-gegen-die“-Denken, das den zivilisierten Diskurs in freiheitlichen und offenen Gesellschaften nachhaltig bedroht und beschädigt.

NGOs: Lauter weiße Ritter?

Von Prof. Dr. Christian Hoffmann und Clemens Schneider

Zivilgesellschaftliche Akteure tragen wesentlich dazu bei, die freiheitliche Ordnung unseres Landes mit Leben zu füllen. Damit stehen sie aber auch in einer besonderen Verantwortung. Dies gilt besonders für jene, die sich mit Fragen aus dem unmittelbaren Wirkungsbereich des Staates beschäftigen, die Nichtregierungsorganisationen (NGO).

Viele dieser NGOs leisten wertvolle Arbeit: sie bieten eine Plattform für Engagement, ermöglichen effektive Hilfe vor Ort, schaffen Aufmerksamkeit für gemeinsamen Handlungsbedarf und stellen sicher, dass Unterstützung auch dort ankommt, wo die grobe Kelle des Staates nicht hinreicht. Entsprechend gut ist ihr öffentlicher Ruf. In einer jüngsten Befragung der Universität Leipzig rangierte das Vertrauen der deutschen Öffentlichkeit in internationale NGOs knapp hinter Polizei und Bundeswehr, noch vor Gewerkschaften oder mittelständischen Unternehmen.

Ihr Nimbus als selbstlose und konstruktive Helfer ist jedoch zugleich eine Art Kollektivgut. NGOs wird viel Grundvertrauen entgegengebracht, weil ihnen als nicht gewinnorientierten Organisationen eine durch Selbstlosigkeit bedingte Anständigkeit unterstellt wird. Dies kann fragwürdige Akteure dazu verleiten, sich am Reputationskapital des Sektors unschädlich zu halten. Und Bürger, Unternehmen, Politik und Medien können Gefahr laufen, allzu unkritisch gegenüber solchen NGOs zu agieren.

Denn klar ist auch: NGOs besitzen diskursive Macht, die sich in politische und materielle Macht übersetzen kann. Umso wichtiger ist, dass genau hingeschaut wird, bei oder mit wem man sich engagiert. Nicht alle Praktiken aller NGOs können nämlich als unbedenklich bezeichnet werden. Drei wesentliche Merkmale von NGOs sollen hier in den Blick genommen werden, von denen einzelne Akteure abweichen:

– NGOs setzen auf freiwillige Kooperation und Überzeugungsarbeit statt auf Zwang, wie ihn staatliche Stellen ausüben.

– NGOs belasten nicht die Steuerzahler, sondern finanzieren sich durch freiwillige Zuwendungen.

– NGOs stärken das Sozialkapital einer Gesellschaft, indem sie Menschen zusammenführen und Brücken zwischen gesellschaftlichen Gruppen bauen.

In der Praxis finden sich NGOs, die wenig von Kooperation oder Überzeugungsarbeit halten. Seit einigen Jahren wird das Verbandsklagerecht zu einem immer häufiger genutzten Mittel, um politische Ziele durchzusetzen. Der Gesetzgeber beschreibt diese Tätigkeit, die ihm die Möglichkeit bietet, Aufsichtspflichten an NGOs „outzusourcen“, als „Mitwirkung“. Durch diese institutionelle Kooptation gerät freilich deren Status als „Nichtregierungsorganisation“ ins Wanken.

Ein bemerkenswertes Beispiel dafür ist der „Verband Sozialer Wettbewerb“. Im Jahr 2016 wurde er in 1.826 Fällen aktiv. Dessen Arbeit hat dazu geführt, dass einer Brauerei untersagt wurde, ihr Bier als „bekömmlich“ zu bewerben, oder dass rein pflanzliche Produkte wie Sojamilch oder Tofukäse nicht mehr als Käse oder Milch bezeichnet werden dürfen. Anders als Organisationen wie „Foodwatch“ begleitet der Verband diese Tätigkeit auch nicht mit Öffentlichkeitsarbeit, so dass ein aufklärerischer Charakter völlig fehlt.

Viele politische NGOs lehnen die Annahme von staatlichen Mitteln grundsätzlich ab, etwa „Campact“. Andere nutzen dagegen gerne die Möglichkeiten, die üppig gefüllte öffentliche Fördertöpfe bieten. Etwa die Organisation „WEED“, die „zu einer globalen Energiewende sowie gerechteren weltwirtschaftlichen Beziehungen beitragen“ möchte. Im Jahr 2017 verzeichnet sie Einnahmen von 373.964 €, davon kamen mindestens 220.113 € (58 %) aus öffentlicher Hand. Zwischen 2008 und 2012 erhielt WEED von der EU

Fördergelder in Höhe von 1.487.919 € bei einem Etat von 2.476.837 € im selben Zeitraum (60%).

Die „Deutsche Umwelthilfe“ erzielt einen erheblichen Teil ihres jährlichen Budgets durch staatliche Förderung und durch Gelder, die unter staatlicher Mitwirkung eingesammelt wurden: Zwischen 2011 und 2015 kamen 35 bis 42 % ihres siebenstelligen Jahresbudgets aus Fördermitteln. Kontinuierlich steigt der Anteil der Einnahmen aus Verbandsklagen: 2011 machten sie 19 % aus, 2012 waren sie auf 24 % gestiegen, und seit 2014 betragen sie gut 30 % des Budgets.

Wenn NGOs so eng mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten oder in erheblichem Maße von öffentlicher Finanzierung abhängen, stellt sich die Frage, wieviel „N“ eigentlich noch im NGO steckt. Besonders problematisch erscheinen jene Organisationen, die vom Nimbus des Gemeinwohls zehrend eine knallharte politische Agenda verfolgen, die auf demokratischem Wege schwer durchsetzbar wäre.

Dafür werden Mittel eingesetzt, die im zivilisierten Diskurs der freiheitlichen Demokratie nichts verloren haben: Populismus, Unterstellungen, Beleidigungen und Verdrehungen der Wahrheit. Behauptungen wie „Freihandel tötet“; die von „Campact“ vertretene Aussage, CETA sei ein „Angriff auf die Demokratie“; die Drohung mit einem „Al Qaida für die Tiere“, die ein führender PETA-Mitarbeiter aussprach; oder Aussagen aus dem Jahresbericht der „Deutschen Umwelthilfe“, wo von Staatsversagen, rechtsfreien Räumen und einer von der Industrie gesteuerten Regierung die Rede ist. Wer die Ursachen für Diskursverrohung, gesellschaftliche Spaltung und „kreativen“ Umgang mit Fakten sucht, wird auch bei einigen NGOs fündig. Brücken werden hier weniger gebaut als verbrannt.

Umso wichtiger ist die Erkenntnis, dass NGOs – wenngleich weder profitorientiert noch Teil des Staates – erhebliche Macht besitzen. Macht bedarf stets auch der Kontrolle – sei es durch gemeinsame Verhaltensregeln und Aufsichtsorgane, sei es durch eine kritische(re) mediale Berichterstattung, sei es durch eine differenzierte Wachsamkeit der Bürger: NGOs könnten beispielsweise Obergrenzen für öffentliche Finanzierung definieren. Eine „Oxfam“-Studie bedarf derselben skeptischen Prüfung wie eine des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Und nicht nur Akteuren am rechten Rand des politischen Spektrums muss im Falle „alternativer Fakten“ und Sprachverrohung entgegentreten werden.

Erschienen in der FAZ am 8. November 2018.

Prometheus und die Medien

Von Florian A. Hartjen

Facebook und Co. bieten gerade für ein Start-Up wie uns natürlich viele Chancen, und sind unerlässlich für unsere alltägliche Kommunikation. Dennoch legen wir großen Wert darauf, regelmäßig in den klassischen Printmedien zu veröffentlichen. Denn sie prägen auch heute noch in hohem Maße die Diskurse in unserem Land.

Neun große Print-Artikel wurden in diesem Jahr in regionalen und überregionalen Zeitungen von oder über Prometheus veröffentlicht. Allein vier Mal vertrat Clemens Schneider die Idee der Selbstverantwortung ganzseitig auf Seite 2 der WELT. Besonderes Aufsehen erregte außerdem der NGO Observer und die von uns angestoßene Debatte über die fragwürdigen Praktikanten einiger deutscher NGOs. Den Startschuss bildete ein Gastbeitrag, den unser Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Christian Hoffmann und Clemens Schneider im Wirtschaftsteil der FAZ veröffentlichten. Unter der Überschrift „Die Konterrevolution“ widmete die WirtschaftsWoche dem Projekt und unserem Institut Ende Januar eine vierseitige Story.

Der Kontakt zu Journalisten ist uns sehr wichtig. Nicht nur, weil sie dazu beitragen können, unsere Ideen weiterzuverbreiten. Sondern auch, weil sie oft selber spannende Impulsgeber sind. Ihre Einschätzungen sind aus anderen Quellen gespeist als die von Think Tankern oder Politikern, und so sind die Beziehungen, die wir in die journalistische Szene pflegen, für uns auch immer wieder mit interessanten neuen Einsichten verbunden. Deshalb freuen wir uns, regelmäßig Journalisten in unserem Institut begrüßen zu dürfen. Mit Martin Niewendick von der Welt, Ralph Bollmann von der FAS und Jan Wolf Schäfer, dem stellvertretenden Chefredakteur des FOCUS, diskutierten wir auf unserer Taverne aktuelle politische Frage aber auch die Rolle des Journalismus in Zeiten von „fake news“.

Prometheus im Netz

Von Florian A. Hartjen

Im vergangenen Jahr haben wir 163 Blogbeiträge veröffentlicht, also rund drei jede Woche. Diese Regelmäßigkeit ist uns sehr wichtig, denn sie verschafft uns Glaubwürdigkeit und ermöglicht es uns, immer wieder neue Debatten anzustoßen.

Nicht selten fragen wir drei Kolumnisten uns: „Wozu soll ich denn für Freitag etwas schreiben?“ Doch zum Glück bietet die Lage in unserem Land und in Europa immer wieder Anlass zu kritischer Beobachtung – nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Und es gibt ja auch Themen, die unabhängig von der aktuellen Situation Bedeutung haben. Auf der nächsten Seite sehen Sie einige der Blogtitel aus dem letzten Jahr.

An den drei in diesem Jahresbericht abgedruckten Beiträgen von Frank Schäffler, Clemens Schneider und mir erkennen Sie das breite Spektrum, das wir mit unseren wöchentlichen Kolumnen abdecken. In „Die EU muss atmen“ plädiert Frank Schäffler dafür, die ursprünglich von David Cameron ausgehandelte Abkehr von einer „ever closer union“ als Möglichkeit zur Rettung der EU vor überbordendem Zentralismus zu begreifen. Clemens Schneider zeigt in „Die Beliebtheit von Privatschulen“ auf, wie trotz grober struktureller Benachteiligung die stetig wachsende Zahl an privaten Schulen in Deutschland die innovativsten Bildungskonzepte hervorbringt. Und in „Migration geht auch katastrophenfrei“ plädiere ich selbst dafür, potentielle Migranten abzuholen, anstatt verzweifelt zu versuchen, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir freuen uns auch, dass fast ein Drittel unserer Blogbeiträge von Gastautoren stammen. Besonders viele kommen von unseren Partnern bei IREF (Institute for Research in Economic and Fiscal Issues), deren Deutschland-Chef Dr. Alexander Fink an der Universität Leipzig lehrt und uns freundschaftlich verbunden ist.

Was wir schreiben und wozu wir sprechen

Schreiben

- *Die Rückkehr der Zünfte*
- *EU-Plastiksteuer: Ein durchsichtiges Manöver*
- *Das verschleuderte Erbe des Ludwig Erhard*
- *Entfesselt die digitalen Märkte!*
- *Kirchen und Staat - raus aus der Sackgasse!*
- *Bube, Dame, König, Steuersenkungen*
- *Armut: Eine Reise in den Zahlendschungel*
- *Eliten-Moral statt Moral-Eliten*
- *Christine Lagarde träumt von schönem Wetter*
- *Das Kindergeld als negative Einkommensteuer*
- *Warum nicht mal Neoliberalismus?*
- *Fußball-EM: Brot und Spiele steuerfrei*
- *Früher war wirklich alles schlimmer*
- *Regulierung: auf die Großen gezielt, die Kleinen getroffen*
- *Die überladene Demokratie*
- *Zuckerbrot statt Peitsche: Warum Sanktionen meistens scheitern*
- *Starke Männer? Nein, Danke! Starke Bürger!*
- *Lebensretter Organhandel*
- *Mehr Marktplatz, weniger Kolosseum*
- *Hört auf, unser Leben zu planen*
- *Kapitalismus: Das Fundament der Freiheit*
- *Mehr Bildung, weniger Politik*

- *EU-Zwangsfernsehen auch bald bei Netflix*
- *Fiskalpakt und ESM: zwei Seiten einer Medaille*
- *Brexit: Die Grenzen der Demokratie*
- *Reformen werden aus Ideen gemacht*
- *Die Kinder des Club of Rome*
- *Was Rumänien und Juncker gemeinsam haben*
- *Klimaschutz gehört in die Dörfer*
- *Bankenhochzeit: Das Geld anderer Leute*
- *Die Befreiung des Arbeiters - durch den Markt*
- *Europa braucht unabhängige Richter*
- *Wir sind alle irgendwie Lenin*

Sprechen

- *Die Überwindung der Überschuldungskrise durch gutes Geld*
- *Verantwortung lässt sich nicht outsourcen – Warum Bildung Werte vermitteln muss*
- *Ein kleiner Stups für Dich, ein großer Stups für die Gesellschaft?*
- *Kryptowährungen – Bitcoin und andere - Was wir damit tun können*
- *Welche politischen Rahmenbedingungen brauchen Interessensvertretungen in Deutschland?*
- *Die Wurzeln des Populismus*
- *Freiheitskämpfer: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde*
- *Liberale Philosophie und liberale Parlamentsarbeit*

Migration geht auch katastrophenfrei

Von Florian A. Hartjen

Wenn es um die Migration geht, irrt die deutsche Politik ähnlich unambitioniert, überheblich und planlos über den Platz wie die Nationalmannschaft bei dieser Fußball-Weltmeisterschaft. Es wäre an der Zeit für eine neue Migrationspolitik, die Chancen realisiert, statt Krisen herbeizurufen.

Kaum eine Debatte wird so postfaktisch geführt wie jene um Migration

Tagespolitische Debatten werden auf absurde Weise irrational geführt. Einmal wird ein ganzes Land getragen von der „Wir schaffen das"-Mentalität und zeigt eine in Europa einzigartige Solidarität mit über einer Million Flüchtlingen. Und wie sieht es zwei Jahre später aus – in einer Zeit, in der laut FRONTEX die Zahl der Neuankömmlinge nicht nur weit entfernt von den 1,82 Millionen des Jahres 2015 ist, sondern auch weiter rückläufig? Da gerät über die Frage nach dem Umgang mit der Migration nicht nur die deutsche Union, sondern gleich die ganze Europäische Union ins Wanken.

Dabei werden Begriffe und Definitionen derart durcheinandergebracht, dass es selbst rationalen Beobachtern schwerfällt, gegen die allgemeine Stimmung anzukommen. Gefühlte Wahrheiten nehmen die Stelle von Fakten ein und die Politik tut ihr Übriges, indem sie (in der verzweifelten Hoffnung auf Wählerstimmen) eine akute Krise herbeiredet. Die auf diese Weise vergiftete Debatte dreht sich plötzlich nur noch um die Gefahr durch neue „Flüchtlingsströme", die unser scheinbar so schön geordnetes und friedliches Zusammenleben überschwemmen. Das ist nicht nur ein Drama, weil Symbolpolitik die unangenehme Eigenschaft hat, Probleme – von denen sie letztlich lebt – aufzubauschen anstatt sie zu lösen. Aber es ist auch ein Drama, weil Migration ein Wachstumsmotor für Deutschland sein könnte.

Es bedarf einer koordinierten Migration, aber keiner Planwirtschaft

Zu Beginn des neuen Jahrtausends dominierten andere Sorgen die öffentliche Debatte. Es ging um den „kranken Mann" Europas mit seinem stetig wachsenden Staatsdefizit, der hohen Arbeitslosigkeit und dem drohenden demographischen Wandel. Die deutsche Bevölkerung würde zwangsläufig immer älter und weigere sich trotz Kindergelderhöhung beharrlich, sich zu vermehren. In der Folge – so die Schreckensvision – würde das Rentensystem kollabieren und Landstriche verwaisen. Es erscheint wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass wir uns heute darüber beklagen, dass allein zwischen 2013 und 2016 netto mehr als 3 Millionen Menschen in Deutschland eingewandert sind.

Nun könnte man argumentieren, dass es vor allem darauf ankomme, wer einwandert, und nicht nur wie viele. Das trifft aber nur bedingt den Punkt. Einerseits zeigen verlässliche Untersuchungen, dass „selbst" Asylantragssteller (also Menschen ohne direkte Aussicht auf Arbeit), nach spätestens drei bis sieben Jahren einen signifikant positiven Effekt auf die heimische Volkswirtschaft haben. Andererseits bedeutet das nicht, dass durch eine bessere Koordination nicht Effizienzgewinne erzielt werden könnten. Ein Vorwurf, den man der aktuellen Regierung durchaus zu Recht machen kann, ist, dass sich an dieser Stelle seit dem Schock von 2015 noch immer nichts getan hat oder sogar – Stichwort Mindestlohn-Erhöhung – neue Hürden aufgebaut wurden.

Eine kluge Migrationspolitik darf nicht in Planwirtschaft münden. Es darf hier nicht darum gehen, zu „errechnen", an welcher Stelle unserer Volkswirtschaft wie viele Arbeitskräfte benötigt würden. Keine zentrale Stelle kann wissen, ob es wirklich die hoch-qualifizierte Informatikerin ist, die Unternehmen millionenfach einstellen würden, oder der Altenpfleger, der die demographische Delle (siehe oben) versorgen soll. Stattdessen sollte es deutschen Unternehmen ermöglicht werden, gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Menschen mit einem Job-Angebot sollte dann unbürokratisch und schnell eine Aufenthaltsgenehmigung mit Arbeitserlaubnis erteilt werden.

Warum Menschen nicht bereits im Ausland ausbilden?

Ganz neu ist diese Idee nicht. Sie taucht unter anderem im Global Compact for Migration auf, einem neuen internationalen Regelwerk, auf das sich die Vereinten Nationen Ende des Jahres verständigen wollen. Der darin enthaltenen Idee der „Global Skill Partnerships" entsprechend, sollen Länder bilaterale Ausbildungs-Abkommen schließen. So könnte beispielsweise Deutschland mit Ruanda vereinbaren, dass die IHK in Ruanda Menschen ausbildet, von denen eine Hälfte nach abgeschlossener Ausbildung ein Job-Angebot aus Deutschland erhält, während die andere Hälfte vor Ort bleibt und die heimische Wirtschaft unterstützt.

Auf diese Weise könnten deutsche Arbeitgeber, etwa im vollkommen überlasteten Pflegebereich, dringend benötigte und nach ihren Standards ausgebildete Arbeitskräfte erhalten, während gleichzeitig die Volkswirtschaften in Entwicklungsländern keinen „Brain-Drain" mehr fürchten müssten. Und aus humanitärer Sicht noch viel wichtiger: ein solches Modell würde die lebensgefährliche irreguläre Einwanderung, bei der jedes Jahr zigtausende Menschen sterben, substantiell vermindern. Es gäbe schlicht keinen Grund mehr, sein Leben für eine illegale Einreise zu riskieren, wenn legale Möglichkeiten quasi vor der Haustür existieren.

Was Immigration wirklich für uns bedeutet: Humankapital

Sicher, ein solches Programm ist keine Lösung für jene Menschen, die sich bereits als Asylsuchende in Deutschland befinden. Doch auch diese Menschen sollten wir als wertvolles Humankapital begreifen, anstatt als unüberwindbares Problem. Die Politik sollte alles dafür tun, diesen Menschen möglichst schnell die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen; durch die schnelle Bearbeitung von Asylanträgen, die Aufhebung von Arbeitsverboten und vor allem die Befreiung von unnötiger Bürokratie. Dabei darf es nicht immer nur um Erwerbsarbeit gehen, schließlich ist gerade den zahlreichen Flüchtlingen, die zu großen Teilen aus klassischen Händler- und Unternehmer-Kulturen stammen, eine gehörige Portion an Gründergeist zuzutrauen. Sie könnten die alte deutsche Tradition des Unternehmertums womöglich wieder mit neuer Dynamik versehen.

Am Ende fußt Europas Wohlstand auf Ideen und Gründergeist. Je mehr Köpfe im Wettbewerb miteinander um die besten Ideen streiten, desto besser geht es unserer Volkswirtschaft. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Migration. Eine Ausbildung von Menschen bereits im Ausland nach dem Prinzip der „Global Skill Partnerships" schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe. Es profitieren deutsche Unternehmen, Menschen in Entwicklungsländern und sogar deren heimische Gesellschaften. Und weitere Migrationsschocks und humanitäre Krisen wie jene auf dem Mittelmeer werden von Vornherein abgemildert oder eines Tages gänzlich verhindert. Die Idee, durch Grenzschließungen, Aufnahmelager an der nordafrikanischen Küste, und die Subventionierung von afrikanischen Despoten Menschen davon abzuhalten, zu uns kommen, erscheint im Vergleich wahrhaft töricht.

Vorträge

Von Frank Schäffler

Vor genau hundert Jahren schrieb Max Weber: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Wenn man vor einem Publikum von fünfzehn, manchmal dreißig, in seltenen Fällen mehr als fünfzig Leuten steht oder sitzt und seine Ideen vorträgt und zur Diskussion stellt, tut es gut, sich an diese Beobachtung zu erinnern. Man möchte auch an Webers Bretter denken, wenn man wie ich im vergangenen Winter in Diskussionen mit meinem geschätzten, wenn auch inhaltlich ganz und gar entgegengesetzten, Kollegen Dr. Gerhard Schick sitzt oder mit dem Bundesfinanz-Staatssekretär Dr. Jörg Kukies.

Klar, die Öffentlich-rechtlichen erreichen Millionen während wir an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen oder beim Hayek-Club in Leipzig mit vier, fünf Handvoll Leuten zusammensitzen. Die Frage ist aber natürlich, wo der Wandel geschieht, den wir erreichen wollen: die langfristige und nachhaltige Hinwendung unserer Gesellschaft zu freiheitlichen Werten. Und ganz gleich, ob wir bei unseren eigenen Vorgängern nachsehen oder bei unseren politischen Gegnern – es kommt im ersten Schritt nicht unbedingt darauf an, die Masse zu erreichen, sondern die richtigen Leute. Weder die „Thatcher Revolution“ noch die Energiewende wurden in den Fußballstadien dieser Welt vorbereitet, sondern in Provinz-Gaststuben und Seminarräumen in Manchester oder Marburg.

Wenn mein Kollege Clemens Schneider, der im vergangenen Jahr 35 Vorträge gehalten hat, vor jungen Menschen – Studenten und Schülern – in Koblenz und Osnabrück, in Erfurt und Erlangen spricht, dann adressiert er mitunter diejenigen, die in 20, 30 Jahren die Debatten in unserem Land bestimmen werden. Das gleiche gilt für Florian Hartjen, der seit letztem Jahr am King’s College in London unterrichtet. Wenn ich vor einer Gruppe Junger Unternehmer über Kryptowährungen spreche, dann kann ich mir sicher sein: Diese Leute verstehen das freiheitliche Potential, das in dieser Idee steckt, und werden unter den ersten sein, die es nutzen.

Veränderung, stellt Max Weber klar, stellt sich nicht von heute auf morgen ein. Deswegen fährt er auch nach dem oft zitierten obigen Satz fort: „Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“ Genau das motiviert uns, durch die Republik zu reisen und auch noch der kleinsten Gruppe unsere Ideen nahezubringen. Wie Friedrich August von Hayek dreißig Jahre nach Weber formulierte: „Die wesentliche Lektion, die ein echter Liberaler vom Erfolg der Sozialisten lernen kann, ist, dass sie durch ihren Mut zum Utopismus die Unterstützung der Intellektuellen bekommen haben. Dadurch erhielten sie Einfluss auf die öffentliche Meinung und können so Tag für Tag verwirklichen was erst vor kurzem völlig abwegig erschien.“

Andere über uns

Die Politik will immer stärker die Gesellschaft gestalten, indem sie in die Privatautonomie als Freiheitsraum der einzelnen Bürger eindringt. Auch Lebensstile sind längst Gegenstand regulatorischer Kontrolle geworden. Prometheus ist unverzichtbar, weil es dagegen klar und deutlich den Wert individueller Freiheit in die Waagschale wirft.

Prof. Dr. Jan Schnellenbach,
Lehrstuhl VWL, insbesondere Mikroökonomik
Brandenburgische Technische Universität

Weil Konflikte mühsam sind, vermeiden sie viele lieber. Dabei hilft gerade der Streit - wenn man es richtig macht. Prometheus macht seinen Lesern ‘die Idee der Selbstverantwortung zugänglich’, indem das Institut sie konkretisiert, weiterentwickelt und kommuniziert. So sieht das aus und so sollte es öfter aussehen, wenn in einer offenen Gesellschaft diskutiert wird. Nämlich ohne Häme einander offen und fair die Meinung zu sagen. Für mich steht Prometheus für diese konstruktive Streitkultur. Und ich bin wahrlich nicht immer der gleichen Meinung wie die Autoren.

Sebastian Frevel,
Geschäftsführender Gesellschafter,
von Beust & Coll.

Strategie und Entwicklung

Von Clemens Schneider

Arbeitsteilung und Spezialisierung sind die Grundlage erfolgreicher Gemeinwesen. Das merken wir selbst hier in unserem kleinen Prometheus-Team. Seitdem vor anderthalb Jahren unser Kollege Florian Hartjen als Head of Strategy and Development zu uns gestoßen ist, konnten wir viele neue Projekte und Ideen in Angriff nehmen. Denn nicht nur zusätzliche Arbeitskraft kam damit an Bord, sondern neue Ideen, andere Denkansätze, innovative Methoden und unterschiedliche Begabungen.

Sein Organisationstalent konnte er bei mehreren Veranstaltungen bereits unter Beweis stellen. Im vergangenen Winter ballte sich diese Verantwortung in zwei Veranstaltungen zusammen: Am 20. November führten wir mit unseren treuen Partnern von „IREF – Institute for Research in Economic and Fiscal Issues“ eine Lunch-Veranstaltung durch. Sie stand unter dem Titel „Abschottung im Schafspelz“ und befasste sich vor allem mit der Frage nichttarifärer Handelshemmnisse. Keine zwei Wochen später, am 3. Dezember stand der „Transatlantic Innovation Summit“ auf dem Programm, den wir mit der Organisation „Americans for Tax Reform“ zusammen abhielten. Der Bundestagsabgeordnete Otto Fricke und eine Reihe anderer Experten beschäftigten sich mit den Herausforderungen, vor denen die Beziehungen zu den USA derzeit stehen.

All unsere Bemühungen und Ideen sind freilich wenig zielführend, wenn nicht die nötigen Ressourcen bereitstehen, um sie auch umzusetzen. Deshalb ist eine der wichtigsten Aufgaben die Akquise neuer Mittel. Anders als manch einer unserer politischen Kontrahenten sich das gerne vorstellt, ist es nämlich keineswegs so, dass uns die Großkonzerne in der Mulackstraße die Bude einrennen, um ihre schweren Geldkoffer loszuwerden. Wir hängen nahezu ausschließlich von der Großzügigkeit und dem Engagement privater Spender ab. Ob es sich dabei um Unternehmer handelt, die ihren Beitrag zum Erhalt und Aufbau einer offenen Gesellschaft leisten möchten, oder um unsere regelmäßigen Kleinspender, die Fackelträger – jeden einzelne von ihnen wollen wir einbinden in unsere Arbeit. Für uns ist nämlich klar: unsere Ressourcen sind nicht nur in Euros zu messen, sondern auch im ideellen Engagement unserer Freunde und Förderer. Diesen Einsatz zu bündeln und zu koordinieren, kostet Zeit.

Zeit – und Können. Deshalb waren wir sehr froh, dass Florian Hartjen einen Forschungsaufenthalt in den USA im vergangenen November mit der Teilnahme am Leadership Training des weltweit tätigen Atlas Network verbinden konnte. Im Kreis brasilianischer, ukrainischer und indischer Liberaler eignete er sich wichtige Fertigkeiten an, um Prometheus noch weiter auf Vordermann zu bringen.

Ideen verbreiten, Menschen begeistern, die Welt verbessern – all das kann man nicht alleine. Unverzichtbar sind dafür Mitstreiter, die unsere Ideale teilen, und Netzwerke, auf die man sich verlassen kann. Solche Netzwerke wirken oft über lange Zeiträume hinweg, weshalb es für uns immer besonders wichtig ist, auch junge Menschen zu aktivieren: Die VWL-Studentin, die in fünfzehn Jahren einen Lehrstuhl in Mannheim hat; den Abgeordnetenmitarbeiter, der in zwanzig Jahren Vorsitzender des Haushalts-Ausschusses im Bundestag ist; den Volontär, der vielleicht noch nicht ahnt, dass er mal einen Chefredakteurs-Sessel besteigen wird; die junge Unternehmerin, deren dritter Start-Up-Versuch in ein paar Jahren ihr den Durchbruch unter die ganz Großen ermöglichen wird.

Die Gelegenheit, dass sich all diese Menschen kennenlernen, die in zwei, drei Jahrzehnten das Schicksal unseres Landes wesentlich mitgestalten werden, haben wir seit gut einem Jahr mit unserem monatlichen Treffen der „Taverne“ geschaffen. Jeden zweiten Montag eines Monats laden wir den Nachwuchs aus Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Medien zu einem Glas Wein in unser Büro ein. Und jedes Mal konnten wir sehr spannende Persönlichkeiten aus diesen Bereichen für Kurz-Vorträge gewinnen, um uns zum Diskutieren anzuregen und Neues zu lernen. Diese Begegnungen mit jungen Menschen machen uns Mut und motivieren uns, weiter an unserem Vorhaben zu arbeiten, unsere Gesellschaft zu einem freieren und besseren Ort zu machen!

Unsere Redner bei der Taverne

12. März: Markus Kreßler, Gründer von „Kiron Open Higher Education“

9. April: Ralph Bollmann, wirtschaftspolitischer Korrespondent der FAS

14. Mai: Dr. Dagmar Schulze Heuling, Politikwissenschaftlerin

11. Juni: Marieluise Beck, Gründerin Zentrum Liberale Moderne, Staatssekretärin a.D.

9. Juli: Dr. Sven Mossler, Leiter der Arbeitseinheit Brexit in der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes

10. September: Oliver Flaskämper, Gründer und Vorstand von Bitcoin Deutschland AG und Priority AG

8. Oktober: Martin Niewendick, Innenpolitik-Redakteur der Welt

12. November: Dr. Karolin Herrmann, Geschäftsführerin des Vereins für Socialpolitik

14. Januar: Claus Tigges, Präsident der Bundesbank-Hauptverwaltung in Berlin und Brandenburg

11. Februar: Jan Wolf Schäfer, Mitglied der Chefredaktion des Focus

Die Beliebtheit von Privatschulen

Von Clemens Schneider

Die Zahl der Privatschulen ist in Deutschland in den letzten 25 Jahren von 3.232 auf 5.839 gestiegen, 9 Prozent aller Schüler besuchen hierzulande solche Schulen. Die Politik sollte einsehen, dass dies ein Misstrauensvotum gegen staatlich organisierte Bildung ist, und den Rückzug antreten.

Ungleichheit durch Wettbewerbsverzerrung

Das DIW, die Zeit und der Spiegel deuten diesen Trend wenig überraschend als Ergebnis zunehmender sozialer Segregation. Und – noch weniger überraschend: die Ebert-Stiftung stellt in einer Studie fest, dass es keinen Unterschied zwischen den schulischen Leistungen an öffentlichen und privaten Schulen gibt. Mit derlei vorgefertigten Urteilen verschließt man sich den möglichen Chancen eines solchen Wandels, der ja immer auch eine Abstimmung mit den Füßen ist. Da Privatschulen in der Regel Schulgeld erheben müssen, nimmt es kaum Wunder, dass vor allem wohlhabendere Akademikereltern ihren Kindern diese Möglichkeit einräumen – können … Aber egal von wem das Signal kommt: es ist und bleibt doch ein klares Zeichen der Unzufriedenheit, dem womöglich auch Menschen in prekäreren Situationen folgen würden, wenn Sie nur könnten.

Privatschulen werden strukturell benachteiligt: Die Jobgarantie einer Verbeamtung, die derzeit wieder fröhliche Urstände feiert, können sie beispielsweise nicht bieten. Auf vielen Gebieten bekommen sie zu spüren, dass sie nur geduldet werden neben dem Normalfall öffentlicher Schulen. Dass dennoch mehr von ihnen entstehen und immer mehr Eltern zusätzliche Kosten auf sich nehmen, sollte Anlass sein zum Umdenken: All die unfairen Wettbewerbsvorteile und Privilegien, die öffentliche Schulen derzeit genießen, sollten zumindest auf den Prüfstand. Faire Wettbewerbsbedingungen würden auch den Druck auf öffentliche Schulen erhöhen, ihre eigenen Konzepte und Arbeitsweise zu überdenken. Diese wiederum würden den Druck an die Ministerien weiterreichen, die dann ihrerseits zu mehr Innovation und möglicherweise auch mehr Flexibilität gezwungen würden.

Private Schulen sind weniger leicht zu steuern

Im Grunde genommen ist die Argumentation von Privatschul-Gegnern paradox, dass sie ein Ausdruck sozialer Segregation seien. Sie sind natürlich das Anzeichen dafür, dass diese Segregation besteht, aber der eigentliche Treiber hinter dieser Spaltung ist die Politik, die durch die Privilegierung für öffentliche Schulen den Zugang zu Privatschulen so verteuert, dass für die weniger Wohlhabenden nur die öffentlichen Schulen bleiben. Was viele dieser Gegner wohl viel mehr stört als das Thema sozialer Segregation ist die Tatsache, dass hier Bildungseinrichtungen entstehen, die sich so weit wie möglich staatlicher Lenkung und Kontrolle entziehen wollen. Die Tatsache, dass Eltern einer privaten Firma, einer religiösen oder weltanschaulichen Vereinigung mehr vertrauen als dem Kultusministerium des entsprechenden Landes schmerzt vor allem diejenigen, die in diesen Ministerien ein Mittel sehen, die Gesellschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen.

„All die unfairen Wettbewerbsvorteile und Privilegien, die öffentliche Schulen derzeit genießen, sollten auf den Prüfstand.“

Ein Blick über die Grenze kann – wie so oft – nicht schaden: In den Niederlanden besuchen zwei Drittel der Schüler Privatschulen, die vom Staat mit denselben Mitteln ausgestattet werden wie die staatlichen Schulen. Nun sind die Niederlande aber weder für ihre desaströse Bildungssituation bekannt (beim letzten PISA-Ranking gleichauf mit Deutschland auf Platz 13) noch assoziiert man das Land der überbordenden Freundlichkeit und des allgegenwärtigen Du mit einer starken sozialen Segregation.

Privatschulen für die Armen

Wenn man tatsächlich etwas gegen soziale Segregation tun will, müssten die Bundesländer die weniger wohlhabenden Familien aus der babylonischen Gefangenschaft des staatlichen Schulsystems entlassen. Dazu gehört selbstverständlich ein Ende der Lehrer-Verbeamtung. Gleichzeitig könnte man darüber diskutieren, ob man eher an das niederländische System der Finanzierung privater Schulen anknüpft oder das schwedische Modell von Schulgutscheinen übernimmt. Zentral sind vor allem die Gleichstellung und Gleichbehandlung öffentlicher und privater Schulen. Nur unter diesen Umständen sind öffentliche Schulen nicht mehr die einzige Option für Nicht-Akademiker und Geringverdiener.

Die meisten Menschen denken bei Privatschulen an geschniegelte Muttersöhnchen im Polo-Hemd, die zum Sportunterricht auf dem Golfplatz unterwegs sind. Es ist Zeit umzudenken: In Berlin gibt es etwa seit ein paar Jahren eine Privatschule, an der man hauptsächlich Kapuzenpullis und Kopftücher sehen kann. An der Quinoa-Schule im Wedding werden gezielt Kinder aus sozial benachteiligten Umständen unterrichtet. Inmitten des Berliner Schul-Chaos sind nicht nur die altehrwürdigen kirchlichen Gymnasien und die internationalen Schulen Leuchttürme, sondern eben auch ein solches Projekt. Siebzig Jahre hatten die Länder jetzt Zeit, überzeugende Bildungssysteme zu etablieren. Und dennoch steigen die Zahlen der Privatschulen. Vielleicht sollte man mal den Staffelstab weiterreichen an diejenigen, die offenbar mehr überzeugen?

Weitere Initiativen

Von Frank Schäffler

Manche Dinge ändern sich nicht so schnell: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zum Beispiel scheint über eine Art Ewigkeitsklausel zu verfügen wie das Grundgesetz. Die Damen und Herren, die dort verantwortlich sind, können sich eine Dreistigkeit nach der anderen herausnehmen, und immer noch lassen sich die Bürger und die Öffentlichkeit das gefallen – mit Ausnahme einiger wackerer FAZ-Journalisten. Das wird uns freilich nicht davon abhalten, immer wieder den Ruf nach Reformen laut werden zu lassen.

Im Februar 2019 platzte aus unserer Sicht eine ziemliche Bombe, als das „Framing Manual“ publik wurde, das eine Kommunikationswissenschaftlerin für die ARD entworfen hatte. Wüste Verleumdungen privater Medienanstalten treffen sich dort mit abenteuerlichen Begründungen, warum unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft ohne die Öffentlich-rechtlichen dem Untergang geweiht wären. Den Gipfel erreicht das Handbuch, wenn es diejenigen, die ihren Rundfunkbeitrag nicht bezahlen wollen, als „wortbrüchig und illoyal“ bezeichnet und ihnen vorwirft: sie „missachten den allgemeinen Willen des Volkes“.

Diese manipulativen Kommunikationsstrategien sind Paradebeispiele für die Gefahren, die wir mit unserer Initiative gegen den Missbrauch von Nudging bereits vor drei Jahren adressiert hatten. Auch auf anderen Feldern kann man sehen, wie diese letztlich anti-demokratischen Tendenzen langsam in Politik und Verwaltung einsickern: etwa in der Unsitte, blumige und nichtssagende Gesetzes-Namen zu erfinden. Das ist unehrlich und einer offenen Gesellschaft unwürdig – deswegen weisen wir immer wieder darauf hin.

Vor dreieinhalb Jahren veröffentlichten wir unser „Manifest für ein konföderales Europa“. Es ist heute fast aktueller denn je – mit dem Verlust unserer britischen Freunde und mit den neuen romantischen Avancen seitens Frankreichs. Gerade im Rahmen der bevorstehenden Europa-Wahl werden mein Kollege Clemens Schneider und ich viel angefragt, um auf Podien und bei Vorträgen unsere Vorstellungen eines freiheitlicheren Europas vorzutragen.

Zeitlos wie das Thema Europa ist auch das Thema ökonomische Bildung. Mit derzeit zwei Kursen vermitteln wir in zugänglicher Form jungen Menschen Grundstrukturen der Ökonomik.

Edition Prometheus

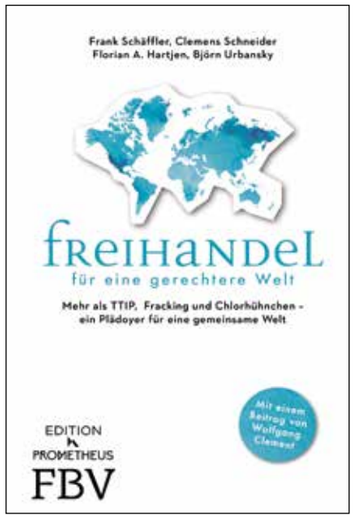
Wer sich einen Überblick über das klassisch-liberale Erbe verschaffen will, findet eine lohnende Quelle in der sehr gut lesbaren und präzisen Übersetzung des Buchs von Eamonn Butler, die den Leser mit den wichtigsten Köpfen des klassischen Liberalismus und ihrem Denken vertraut macht.

Prof. Dr. Jan Schnellenbach,
Universität Cottbus-Senftenberg

„Wie wir wurden, was wir sind: Einführung in den Klassischen Liberalismus“, Finanzbuchverlag, März 2017

Eine facettenreiche Einführung in das Thema Freihandel hat die Denkfabrik Prometheus mit dem Buch „Freihandel für eine gerechtere Welt“ vorgelegt. Auf rund 180 Seiten werden in kurzen, gut lesbaren Texten verschiedene Aspekte des Freihandels beleuchtet. Die meinungsstarken, aber unideologischen Beiträge argumentieren sachlich und sind dem Ziel verpflichtet, Handlungsoptionen für die im Titel genannte gerechtere Welt aufzuzeigen.

Dr. Dagmar Schulze Heuling
Universität Erfurt



„Freihandel für eine gerechtere Welt: Mehr als TTIP, Fracking und Chlorhühnchen – ein Plädoyer für eine gemeinsame Welt“, Finanzbuchverlag, November 2017

Unsere Fackelträger

Prometheus ist ein wortgewandter Gegenpol zu wiedererstarkendem Etatismus und „illiberaler Demokratie“.

Benjamin C. Franke
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament

Es muss eine starke Stimme der Freiheit hörbar sein, die sich für Eigenverantwortung und Selbständigkeit stark macht.

Matthias Still
Selbstständiger Politikberater

Prometheus ist ein wertvoller Kompass für eine liberale Haltung zu aktuellen Fragen. Die Initiativen haben einen engen Bezug zur Lebenswirklichkeit und geben konkrete Impulse für Reformen.

Dr. Oliver Treidler
Geschäftsführer und Berater

Prometheus gibt den Menschen, die die Werte individuelle Freiheit und Selbstverantwortung teilen, eine Stimme.

Maximilian Elsen
Student

Unterstützen Sie uns!

„Freilich ist es weniger verdienstvoll, idealistisch zu sein, wenn man die Beschaffung der materiellen Mittel, die für die idealistischen Ziele nötig sind, einem anderen überlässt. Nur dort, wo einer selbst beschließen kann, ein materielles Opfer für ein nicht-materielles Ziel zu bringen, verdient er Achtung.“

Friedrich August von Hayek, *Das moralische Element in der Unternehmerwirtschaft (1961)*

Als unabhängiger Streiter für Selbstverantwortung und freiheitliche Werte sind wir auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Unserer Selbstverpflichtung gemäß verzichten wir gänzlich auf staatliche Zuwendungen, und finanzieren uns ausschließlich über Ihre Spenden.

Wie Sie unterstützen können:

Werden Sie einer von mittlerweile 79 Prometheus-Fackelträgern: Als Fackelträger tragen Sie dazu bei, eine Gegenbewegung der Freiheit groß zu machen und das Feuer zu entfachen, das unser aller Zukunft erleuchten kann. Sie werden Teil eines Netzwerks von Gleichgesinnten und werden von uns regelmäßig und exklusiv über unsere Arbeit informiert. Wir bedanken uns bei Ihnen mit einem Willkommenspaket: darin finden Sie einen Fackelträger-Pin, eine Fackelträger-Urkunde und ein handsigniertes Buch. Anmelden können Sie sich direkt online auf unserer Homepage.

Oder unterstützen Sie uns durch Ihre Spende: Liegt Ihnen eine unserer Kampagnen besonders am Herzen, dann unterstützen Sie uns gerne projektbezogen. Wir sind stets auf der Suche nach Partnern, die uns bei der Umsetzung von Leuchtturmprojekten unterstützen. So haben wir beispielsweise unseren Schülerkurs zu Ökonomie durch eine großzügige projektbezogene Spende realisieren können. Selbstverständlich können Sie unsere Arbeit auch nicht-zweckgebunden unterstützen. Kommen Sie auf uns zu!

Und das Gute zuletzt: Wir sind gemeinnützig, sodass Sie Ihre Zuwendung an uns steuerlich geltend machen können.

Unsere Bankverbindung

Prometheus – Das Freiheitsinstitut gGmbH

Bank	Berliner Volksbank
IBAN	DE94 1009 0000 2544 2870 04
BIC	BEVODEBB

Unser Head of Strategy & Development, Florian Hartjen, beantwortet Ihnen gerne alle Fragen zu Ihren Unterstützungsmöglichkeiten. Sie erreichen ihn jederzeit unkompliziert per E-Mail unter florianhartjen@prometheusinstitut.de oder telefonisch unter 030/23911073.

FREIHEITS LEXIKON

Im Freiheitslexikon finden Sie gut lesbare Übersichts-Artikel zu wichtigen Denkern und Ideen der Freiheit. Es ist eine Einladung, sich zu orientieren, und von dort aus weiterzulesen und zu forschen.

Hannah Arendt

Sharing Economy

Herbert Giersch

Demokratie

Thomas Paine

Tierschutz

www.freiheitslexikon.de